

Ministerin

Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herrn Klaus Schlie, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/5343

14. Dezember 2015

Kommissions-Arbeitsprogramm 2016 - Auswertung der norddeutschen Vertretungen/Büros in Brüssel

Sehr geehrter Herr Präsident,

anliegend übersende ich Ihnen die Auswertung der norddeutschen Vertretungen / Büros in Brüssel des Arbeitsprogramms 2016 der EU-Kommission zu Ihrer Unterrichtung.

Mit freundlichen Grüßen



Anke Spoorendonk

Anlagen: 2 Exemplare der Auswertung

Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2016

Vertretung der Freien Hansestadt Bremen
bei der Europäischen Union

Hanse-Office – Gemeinsame Vertretung der Freien und Hanse-
stadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein
bei der Europäischen Union

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern
bei der Europäischen Union

Vertretung des Landes Niedersachsen
bei der Europäischen Union



Gliederung

Gliederung	2
Einleitung	3
Teil A Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2016.....	4
Teil B Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen	6
1. Übergreifende Themen.....	6
2. Justiz, Inneres	8
3. Wirtschaft, Kohäsionspolitik	10
4. Finanzen, WWU	12
5. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit	14
6. Bildung, Jugend, Kultur, Forschung.....	16
7. Umwelt, Klima, Energie, Verkehr, Meerespolitik	18
8. Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz.....	21
9. Digitaler Binnenmarkt, Medien.....	22

Einleitung

Am 27. Oktober 2015 hat die Europäische Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2016 in Form einer Mitteilung (KOM (2015) 610 final) angenommen. Mit dem dafür gewählten Motto „Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“ unterstreicht die Kommission die Notwendigkeit, auf die aktuellen Herausforderungen, die die EU vor eine lange nicht gekannte Zerreißprobe stellen, rasche und wirksame Antworten zu finden. Sie hält für das zweite Jahr ihrer Amtszeit an den Prinzipien fest, die ihr Präsident bei Amtsantritt verkündet hatte: Konzentration auf die Kernfragen Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, Klimawandel und – verstärkt durch die aktuellen Entwicklungen – Migration einerseits, Zurückhaltung bei weniger wichtigen Themen andererseits. Dazu gehört weiter auch die laufende Überprüfung bestehender Rechtsakte darauf, ob sie noch zeitgemäß bzw. praktikabel sind, ebenso will die Kommission ein größeres Gewicht auf die tatsächliche Umsetzung und Anwendung als notwendig angesehener EU-Vorschriften legen. Die Struktur der Mitteilung und der Tabellen folgt wie das Arbeitsprogramm 2015 den zehn Prioritäten der politischen Leitlinien vom Juli 2014.

Das Arbeitsprogramm besteht aus einem Textteil und sechs tabellarischen Anhängen. Der Textteil stellt die Fortschritte dar, die die Kommission im ersten Jahr ihrer Amtszeit bereits bei der Umsetzung ihrer zehn politischen Prioritäten verzeichnete, und beschreibt die nächsten Schritte vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen. Die sechs Anhänge führen die geplanten Maßnahmen im Einzelnen auf:

Anhang I enthält gegliedert nach den Prioritäten der politischen Leitlinien 23 neue Initiativen. Es handelt sich dabei zum Teil um Pakete, für die nicht immer alle Einzelmaßnahmen genannt werden.

Anhang II umfasst 27 Maßnahmen aus dem Programm der Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT), mit denen die Kommission die Zweckmäßigkeit des EU-Rechts sicherstellen möchte. Hierunter sind Evaluierungen, Maßnahmen zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand oder auch Vereinfachungen und Rücknahmen zu verstehen.

Anhang III stellt erstmalig 17 anhängige Vorschläge zusammen, deren rasche Verabschiedung die Kommission durch den Gesetzgeber verlangt, weil die Regelungen aus ihrer Sicht angesichts aktueller Herausforderungen dringend gebraucht werden.

Anhang IV enthält eine Liste von 20 Vorschlägen, die die Kommission bis April 2016 zurückziehen oder ändern will. Dabei handelt es sich überwiegend um überholte Vorschläge; zum Teil liegen die Gründe aber auch in mangelnden Erfolgsaussichten für eine Einigung, zu weit gehenden inhaltlichen Änderungen durch Rat und/oder EP oder eine Änderung der Sachlage, auf die die Kommission mit einem geänderten Vorschlag reagieren will.

Anhang V enthält eine Liste von 28 Rechtsakten, die aus verschiedenen Gründen aufgehoben werden sollen. Überwiegend ist der Regelungsgegenstand weggefallen, zum Teil kann die Aufhebung aber auch Ergebnis einer Evaluierung sein (z.B. Berichtspflichten).

Anhang VI enthält eine Übersicht der 68 Vorschriften, die im Laufe des Jahres 2016 in Kraft treten werden.

Die Brüsseler Länderbüros von Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben im Rahmen der norddeutschen Zusammenarbeit erneut die alljährliche Auswertung des Arbeitsprogramms gemeinsam vorgenommen und die aus norddeutscher Sicht wichtigsten Vorhaben aus den unterschiedlichen Politikbereichen zusammengefasst. Dabei umfasst die vorgenommene Auswertung neue Initiativen (Anhang I) und REFIT-Maßnahmen (Anhang II). Einzelne Themen der Anhänge III bis VI werden bei besonderer Relevanz in den jeweiligen Vorbemerkungen erwähnt.

Diese Schwerpunktsetzung gibt die Einschätzung aus heutiger Sicht wieder. Im Laufe eines Jahres ergeben sich erfahrungsgemäß Ergänzungen oder etwaige Änderungen durch neue Herausforderungen oder politische Entwicklungen.

Teil A

Zusammenfassung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2016

Die Kommission hat der Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2016 den Untertitel „**Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual**“ gegeben. Damit wird die Feststellung aufgegriffen, die Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 9. September 2015 getroffen hat: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand“. Das Arbeitsprogramm trägt der Erkenntnis Rechnung, dass die EU derzeit vor nie dagewesenen Herausforderungen steht: Der Flüchtlingskrise, einer Beschäftigungs- und Wachstumslücke und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, der Notwendigkeit einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, dem Klimawandel, der instabilen Lage in der östlichen und südlichen Nachbarschaft und einem „fairen Deal für das Vereinigte Königreich innerhalb einer Europäischen Union“.

Die Kommission zieht eine **Bilanz des ersten Jahres ihrer Amtszeit** und hebt dabei die ungewöhnlich rasche Verabschiedung des Investitionsplans (Europäischer Fonds für strategische Investitionen EFSI) und der Anpassungen des Haushalts zur Bewältigung der Flüchtlingskrise hervor. Diese Reaktionsfähigkeit solle nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sein. Die Umsetzung des Investitionsplans sieht die Kommission auf einem guten Weg.

Für ihre Arbeit hält die Kommission auch für 2016 an dem Ansatz fest, der 2014 in den zehn politischen Leitlinien von Jean-Claude Juncker formuliert worden ist. Die Europäische Union soll sich den großen Themen widmen und dort auch einen konkreten europäischen Mehrwert schaffen. Sie soll sich bei Themen zurückhalten, die auch auf der nationalen oder regionalen Ebene geregelt werden können.

Aufbauend auf den 2015 erreichten Ergebnissen will die Kommission 2016 mit **23 neuen Initiativen** auf diesem Weg weiter vorankommen. Auf der Grundlage des Dialogs, den die Kommission vor der Annahme des Arbeitsprogramms mit dem Rat und dem EP geführt hat, hofft sie raschere Verabschiedung der vorgesehenen Maßnahmen. Erneut sind mehrere Pakete sowie Aktionspläne vorgesehen, die eine Vielzahl an Einzelelementen wie z.B. Richtlinien, Verordnungen und Mitteilungen umfassen können. Priorität sollen Maßnahmen haben, die sich bei rascher Verabschiedung unmittelbar positive Wirkungen auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung, Umwelt und soziale Rechte, Sicherheit und den Austausch mit einer vernetzten Welt entfalten können.

Der 2016 anstehende Beginn der **Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens** ist aus Sicht der Kommission eine Gelegenheit, angesichts knapperer Mittel und veränderter politischer Herausforderungen die Mittel des EU-Haushaltes „ergebnisorientierter“ einzusetzen. Dabei wird ausdrücklich die aktuelle Flüchtlingssituation genannt. Innovative Finanzierungsinstrumente sollen künftig eine stärkere Rolle spielen und Möglichkeiten zur Vereinfachung, aber auch für einen effizienteren Mitteleinsatz sollen genutzt werden, insbesondere bei den wichtigsten Haushaltsposten (Strukturfonds, Gemeinsame Agrarpolitik, Forschungsprogramm).

Zu den Prioritäten zählt die Kommission erneut das Dauerthema „**Vollendung des Binnenmarkts für Güter und Dienstleistungen**“. Handlungsbedarf sieht die Kommission etwa bei neuen Entwicklungen wie der „shared economy“, den regulierten Berufen, grenzüberschreitenden Dienstleistungen und der gegenseitigen Anerkennung von Standards im Warenverkehr. Sie setzt gleichzeitig auf die Bedeutung von Bildung, Ausbildung und Qualifikation, die durch eine „Agenda für neue Kompetenzen“ unterstützt werden soll; Teil dieser Initiative (wie auch der Binnenmarktstrategie) ist eine leichtere gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen. Auch die Umsetzung der Kapitalmarktunion und Mobilität von Arbeitskräften gehören in diesen Kontext.

Schwerpunkte im **Steuerbereich** sind Initiativen zur Mehrwertsteuer und Körperschaftsteuer. Das Mehrwertsteuersystem soll an die Bedürfnisse des (vor allem digitalen) Binnenmarktes angepasst und effizienter und weniger betrugsanfällig gemacht werden. Die Aktivitäten bei der Körperschaftsteuer stehen vor allem im Kontext einer fairen Unternehmensbesteuerung.

Unter dem Stichwort „**Nachhaltige Entwicklung**“ kündigt die Kommission ein neues Konzept an, das über 2020 hinaus weisen und auf der Überprüfung der Strategie Europa 2020 aufbauen soll, ohne dieses Vorhaben allerdings zu präzisieren. Die im Arbeitsprogramm 2015 vorgesehene Überprüfung der Strategie „Europa 2020“ ist von der Kommission allerdings bisher nicht vorgelegt worden. Eine bessere Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie strebt die Kommission auch mit dem Paket zur Kreislaufwirtschaft an.

Bis Ende 2016 will die Kommission alle wichtigen Vorschläge zur Umsetzung der im Mai 2015 vorgelegten Strategie für den **digitalen Binnenmarkt** auf den Weg bringen. Diese betreffen insbesondere das Urheberrecht, den Datenverkehr, Rechte bei digitalen Verträgen und die Besteuerung. Im Bereich Medien steht die Überprüfung der einschlägigen Rechtstexte an (audiovisuelle Mediendienste, Satelliten- und Kabelrichtlinie).

Mit der Umsetzung des **Energie- und Klimapakets 2030** soll sichergestellt werden, dass die Zielvorgaben der Pariser Klimakonferenz erfüllt werden. Der Großteil der im Fahrplan für die Energieunion vorgesehenen Einzelmaßnahmen soll 2016 vorliegen, ebenso Vorschläge zur Lastenteilung für den Gebäudesektor, die Landwirtschaft und die Dekarbonisierung des Verkehrs. Die Einführung diskriminierungsfreier Straßennutzungsgebühren und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums sollen unterstützt werden.

Für das **Europäische Semester 2016** will die Kommission den Fokus stärker auf die wirtschaftliche und haushaltspolitische Lage im Euro-Währungsgebiet als Ganzes richten, größeres Gewicht auf die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz legen und Konvergenz fördern. Die für 2016 angekündigte europäische Säule sozialer Rechte soll Schritte in diese Richtung unterstützen.

Ein ausgewogenes und faires **TTIP-Abkommen** bleibt eine oberste Priorität für 2016. Weitere Schwerpunkte liegen in den Verhandlungen mit Japan, China und Mandaten für weitere Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Mit der Umsetzung der im Oktober 2015 vorgelegten Handels- und Investitionsstrategie soll das Instrumentarium aktualisiert werden.

Angesichts von Instabilität, Krieg und Armut in der Nachbarschaft geht die Kommission davon aus, dass **Flucht und Migration** auch in den nächsten Jahren die politische Agenda der EU beherrschen werden. Der Schutz der Außengrenzen und der europäische Rahmen für die Asylpolitik bedürften erheblicher Überarbeitung, um die Lücken und Schwachstellen des Dublin-Systems zu beheben. Die Kommission kündigt außerdem Vorschläge für ein Neuansiedlungssystem sowie für bessere Schutzregelungen in den Nachbarregionen an. Künftigen demografischen Erfordernissen soll ein Konzept für die legale Migration Rechnung tragen.

Die Kommission sieht auch weiterhin die laufende **Überprüfung bestehender Rechtsakte** (REFIT) als Priorität an. Um hohe Schutzstandards zu gewährleisten, komme es darauf an, dass die Vorschriften zeitgemäß bzw. praktikabel sind, aber auch darauf, dass sie tatsächlich gleichmäßig vor Ort durchgesetzt werden. Dazu sei eine enge Zusammenarbeit mit allen Partnern auf allen Ebenen (national, regional, lokal) erforderlich.

Bis Ende 2016 will die Kommission die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat über eine neue interinstitutionelle Vereinbarung zur **besseren Rechtsetzung** abschließen. Im Laufe des Jahres soll ein Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches **Transparenzregister** für Interessenvertreter vorgelegt werden. Die Beziehungen und der Dialog mit den nationalen Parlamenten sollen fortgesetzt und intensiviert werden sowie der Bürgerdialog weiter ausgebaut werden.

Teil B

Zusammenfassung der aus norddeutscher Sicht wichtigsten Initiativen

Die Brüsseler Länderbüros von Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein (Hanse-Office), Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen haben das Arbeitsprogramm der Kommission (KOM) gemeinsam auf die für Norddeutschland wichtigen Maßnahmen hin ausgewertet. In den folgenden Auflistungen finden sich die von den Arbeitsgruppen identifizierten Maßnahmen aus den Anhängen I und II gegliedert nach den traditionellen Politikbereichen. Falls eine Maßnahme mehr als zwei Politikbereiche betrifft, wird es unter übergreifende Themen erwähnt.

1. Übergreifende Themen

Vorbemerkung:

Der 2016 anstehende Beginn der Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens wird veränderte politische Herausforderungen berücksichtigen müssen, wobei die aktuelle Flüchtlingssituation von der Kommission hervorgehoben wird. Innovative Finanzierungsinstrumente sollen künftig eine stärkere Rolle spielen. Das neue Konzept zur „Nachhaltigen Entwicklung“ soll auf der Überprüfung der Strategie Europa 2020 aufbauen. Allerdings ist die im Arbeitsprogramm 2015 vorgesehene Überprüfung der Strategie „Europa 2020“ bisher nicht vorgelegt worden.

Neue Initiativen (Anhang I):

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
4	Alle Politikbereiche	Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020	Legislativ/nicht legislativ	Die Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens soll der besseren Ausrichtung der Finanzmittel auf die Prioritäten der EU dienen. Es sollen Wege gefunden werden, um den EU-Haushalt stärker an Ergebnissen zu orientieren und die geltenden Vorschriften zu vereinfachen, z. B. in Bezug auf die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Ferner soll die Möglichkeit einer weiteren Vereinfachung im Rahmen des Programms Horizont 2020 ausgelotet werden.
5	Wirtschaft, Soziales, Umwelt	Nächste Schritte für eine nachhaltige Zukunft Europas	Nicht legislativ	Auf der Grundlage der Überprüfung der „Strategie Europa 2020“ und der internen und externen Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung soll im Rahmen dieser Initiative ein neues Konzept vorgestellt werden, das Wirtschaftswachstum und soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Europa über das Jahr 2020 hinaus gewährleistet.

23	Institutionelles	Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung über ein verbindliches Transparenz-Register	Nicht legislativ	Der Vorschlag für eine interinstitutionelle Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat zielt auf mehr Offenheit und eine stärkere Rechenschaftspflicht ab, indem es das Transparenz-Register für alle Interessenvertreter, die Einfluss auf die Politikgestaltung in einer oder in mehreren der drei Organe nehmen wollen, verbindlich macht. Für die Länderbüros/-vertretungen in Brüssel geht es um die Wahrung ihrer Stellung als Teile des Staatsaufbaus eines Mitgliedstaats.
----	------------------	--	------------------	--

2. Justiz, Inneres

Vorbemerkung:

Die Migrationspolitik ist ein Schwerpunkt für die Arbeit der Kommission für 2016, die schon auf Tagungen und informellen Treffen des Europäischen Rates im Juni, September Oktober und November 2015 im Fokus stand. Für das nächste Jahr sollen die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, die Bekämpfung des Menschenhandels und der Schutz der Außengrenzen verbessert werden. Die Kommission will das Dublin-System und das Grenzmanagement (u.a. durch ein verändertes Mandat für Frontex) neu gestalten und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen stärken. Ein strukturiertes Neuansiedlungssystem und ein Konzept für die legale Migration (u.a. Überarbeitung der Blue-Card-Richtlinie) sollen 2016 vorgelegt werden.

Die Kommission plant außerdem eine bessere Bekämpfung von organisiertem Verbrechen, Cyberkriminalität und Terrorismus. Nach den Anschlägen von Paris am 13. November 2015 wird der Fokus auf den Terrorismus weiter verstärkt werden. Die Kommission will die operative Zusammenarbeit und das operative Instrumentarium für eine grenzüberschreitende Strafverfolgung weiterentwickeln. Durch die Überarbeitung des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus soll besser gegen ausländische terroristische Kämpfer vorgegangen werden können. Der Rechtsrahmen für die Kontrolle von Transaktionen bei Feuerwaffen soll überarbeitet werden, ein Teil der Vorschläge ist schon am 18. November 2015 vorgelegt worden. Die Kommission will die mit Blick auf den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention erforderlichen Arbeiten fortführen. Als vorrangig für 2016 bezeichnet die Kommission u.a. ihre bereits vorgelegten Vorschläge zur Netz- und Informationssicherheit, zur Datenschutzreform, zu den EU-Fluggastdatensätzen, zur Europäischen Staatsanwaltschaft, zum dauerhaften Umsiedlungssystem und zur EU-Liste sicherer Herkunftsstaaten.

Neue Initiativen (Anhang I):

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
6	Justiz, Digitaler Binnenmarkt, Medien	Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt	Legislativ/nicht legislativ	Mitteilung und Legislativvorschläge zum Urheberrecht und zu Rechten bei digitalen Verträgen (weitere Punkte siehe unter Punkt 9. Digitaler Binnenmarkt, Medien).
17	Innen	Umsetzung der Europäischen Sicherheitsagenda	Legislativ/nicht legislativ	Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Sicherheitsagenda (siehe Arbeitsprogramm 2015): <ul style="list-style-type: none"> • Änderung des Rahmenbeschlusses zum Terrorismus, • verbesserte Vorschriften für Feuerwaffen, • Bekämpfung von Betrug und Fälschung im bargeldlosen Zahlungsverkehr.

18	Innen	Bessere Steuerung der Migration	Legislativ/nicht legislativ	Die Initiative soll sowohl die aktuelle Flüchtlingssituation als auch die legale Migration behandeln. Anknüpfend an das im September 2015 vorgelegte Maßnahmenpaket kündigt die Kommission einen Vorschlag für ein strukturiertes System für die Neuansiedlung von Flüchtlingen und eine Revision des Dublin-Verfahrens an. Im Hinblick auf die legale Migration sind Legislativmaßnahmen wie die Ausweitung des „Blue-Card“-Konzepts vorgesehen (im Anschluss an die im Mai 2015 vorgelegte Migrationsagenda.).
19	Innen	Paket zum Grenzmanagement	Legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf einer Stärkung von Frontex sollen Fortschritte auf dem Weg zu einem europäischen Grenz- und Küstenschutzsystem erzielt werden. Mit dem Vorschlag sollen drei anhängige Vorschläge zurückgezogen werden (Paket „Intelligente Grenzen“, Anhang IV, Ziffern 18-20), aber gleichzeitig ein neuer Vorschlag für „Intelligente Grenzen“ vorgelegt werden.
21	Innen	Aufbau von Kapazitäten im Bereich Sicherheit	Nicht legislativ	Die Kommission wird unter der Verantwortung der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin und mit Blick auf eine klarere Ausrichtung der EU-Außenpolitik aktiv zur globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik beitragen.

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
26	Innen	Statistikpaket	Legislativ / nicht legislativ	Das Paket umfasst die Integration von Sozialstatistiken, die Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS) und die Rahmenverordnung zu Agrarstatistiken.
27	Justiz	Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung (Brüssel IIa)	Folgebemaßnahme nach Evaluierung	Diese Initiative folgt auf eine Bewertung der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung.

3. Wirtschaft, Kohäsionspolitik

Vorbemerkung:

Das Potential des Binnenmarktes soll durch weiteren Schrankenabbau gestärkt werden. Ein ausgewogenes und faires TTIP-Abkommen bleibt eine oberste Priorität für 2016. Weitere Schwerpunkte liegen in den Verhandlungen mit Japan, China und Mandaten für weitere Handelsabkommen im asiatisch-pazifischen Raum. Mit der Umsetzung der im Oktober 2015 vorgelegten Handels- und Investitionsstrategie soll das Instrumentarium aktualisiert werden.

Das Paket zur Kreislaufwirtschaft (vgl. unter 7.3.) und die Konkretisierung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt (vgl. unter 9.) sowie die als REFIT-Maßnahme geplante einheitliche Erklärung und Standardformulare für die Vergabe öffentlicher Aufträge sollen ebenfalls das Ziel von Wachstum und Beschäftigung unterstützen. Maßnahmen zur Kohäsionspolitik sind im Arbeitsprogramm nicht vorgesehen; allerdings könnte die Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 u.U. Auswirkungen auf die Regionalpolitik der norddeutschen Bundesländer haben.

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
9	Binnenmarkt	Follow-up zur Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen	Legislativ/nicht legislativ	<p>Die „Ausschöpfung des vollen Potentials des Binnenmarktes“ gehört zu den Prioritäten der Juncker-Kommission (siehe Arbeitsprogramm 2015). Sie soll 2016 weiter vorangebracht werden.</p> <p>Im einzelnen kündigt die Kommission an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leitlinien zur Anwendung des EU-Rechts auf Geschäftsmodelle der partizipativen Wirtschaft („shared economy“); • Maßnahmen zur Förderung des Wachstums von KMU und neugegründeten Unternehmen; • Initiativen zur Regulierung von Berufen (siehe auch „Europäische Agenda für neue Kompetenzen“, unten Nr. 4 – Bildung); • eine Legislativinitiative mit einem neuen Konzept für den Umgang mit unternehmerischem Scheitern und Unternehmensinsolvenzen; • Legislativmaßnahmen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen, zum Abbau von regulatorischen Schranken für wichtige Unternehmens- und Baudienstleistungen sowie zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts; • Überarbeitung des Durchsetzungsrahmens der EU für Rechte des geistigen Eigentums; • Standardisierungsmaßnahmen u. a. im Dienstleistungsbereich;

				<ul style="list-style-type: none"> • Vorschläge für Marktinformations-Tools und ein besseres Mitteilungsverfahren im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie • einen Aktionsplan zur Sensibilisierung für die Grundsätze der gegenseitigen Anerkennung im Warenverkehr. <p>In einem am 28. Oktober 2015 vorgelegten „Fahrplan“ präzisiert die Kommission die Maßnahmen, die sie in diesem Bereich im Laufe der Jahre 2016 und 2017 in Angriff nehmen will.</p>
16	Handel	Folgemaßnahmen zur Handels- und Investitionsstrategie	Legislativ/nicht legislativ	<p>Mit der im Oktober 2015 vorgelegten Strategie „Handel für alle“ strebt die Kommission eine wirksamere, transparentere und wertebasierte Handels- und Investitionspolitik an. Auf dieser Grundlage will die Kommission die TTIP-Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten fortsetzen und Fortschritte auf WTO-Ebene anstreben, sich Asien gegenüber strategisch engagieren und dafür sorgen, dass Wirtschaftspartnerschaftsabkommen gut umgesetzt werden.</p>

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiativ- / REFIT-Ziel	Beschreibung
4	Staatliche Beihilfen	Mitteilung zum vereinfachten Verfahren	Evaluierung	Gegenstand der Evaluierung ist das vereinfachte Verfahren für die Würdigung bestimmter Kategorien staatlicher Beihilfen (2009/C136/03). Ziel ist eine Bestandsaufnahme der Entwicklung des Beihilferechts, der Beschlusspraxis und der Erfahrungen mit der Anwendung des vereinfachten Verfahrens. Die Evaluierung dient außerdem der Ermittlung weiterer administrativer und verfahrenstechnischer Vereinfachungen.

4. Finanzen, WWU

Vorbemerkung:

Die angekündigten Initiativen für 2016 bilden die politischen Prioritäten der Kommission zunehmend auf technischer Ebene ab. Hierzu gehören insbesondere die Vollendung der Bankenunion und die Folgemaßnahmen der Kapitalmarktunion und weitere Anstrengungen im Bereich direkter und indirekter EU-Steuerpolitik. Beispielsweise wird die Arbeit an laufenden Dossiers wie der Finanztransaktionssteuer und der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsbesteuerung fortgesetzt.

Des Weiteren werden der Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerumgehung im Rahmen der OECD-Initiative gegen die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung sowie die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion von Bedeutung sein.

Für das Europäische Semester 2016 will die Kommission den Fokus stärker auf die wirtschaftliche und haushaltspolitische Lage im Euro-Währungsgebiet als Ganzes richten, größeres Gewicht auf die Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz legen und Konvergenz fördern. Die Arbeiten an der Umsetzung des Berichts der fünf Präsidenten über die Vertiefung der WWU werden fortgesetzt.

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
11	Steuern	Aktionsplan Mehrwertsteuer	Legislativ/nicht legislativ	Der Aktionsplan soll zu effizienten und betrugssicheren Mehrwertsteuer-Regelungen führen. Vorgesehen sind die Überarbeitung bestehender Regelungen zu den Mehrwertsteuer-Sätzen, ein Vorschlag zur Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr im Zusammenhang mit der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt (siehe unten 9. Digitaler Binnenmarkt, Medien) und eine Mitteilung zur Festlegung der endgültigen Mehrwertsteuer-Regelung. Der Aktionsplan wird auf früheren Initiativen in diesem Bereich aufbauen, zuletzt etwa dem Reflektionspapier vom Oktober 2014. Die Kommission kündigt gleichzeitig an, dass sie den 2013 vorgelegten Vorschlag über eine Standard-Mehrwertsteuererklärung zurückziehen wird, da die Beratungen im Rat zu einer völligen Entleerung geführt hätten, was die angestrebte Vereinfachung und Harmonisierung angehe (Anhang IV, Nr. 3).
12	Steuern	Paket zur Körperschaftsteuer	Legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf der Mitteilung „Eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der Europäischen Union – Fünf Aktionsschwerpunkte“ sind eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz der Unternehmensbesteuerung und zur Bekämpfung der Steuervermeidung vorgesehen, u. a. durch Umsetzung internationaler Standards zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung

					<p>zung (BEPS) und einen abgestuften Ansatz, beginnend mit einer obligatorischen Steuerbemessungsgrundlage; ferner soll der bestehende GKKB-Vorschlag zurückgezogen werden (Anhang IV, Nr. 6).</p> <p>Aufbauend auf dem Bericht der fünf Präsidenten zur Weiterentwicklung der Wirtschaft- und Währungsunion soll der Weg zu einem europäischen Einlagensicherungssystem auf der Grundlage eines Rückversicherungsmechanismus abgesteckt werden. In einer Mitteilung sollen weitere Maßnahmen zur Vollendung der Bankenunion aufgezeigt werden.</p>
15	Finanzen	Europäisches Einlagensicherungssystem/Vollendung der Bankenunion	Legislativ/nicht legislativ		

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/ REFIT-Ziel	Beschreibung
18	Finanzen	Folgemaßnahmen zum Bericht über die Überprüfung der Rechtsvorschriften im Finanzbereich	Folgemaßnahmen	Die Kommission möchte etwaige Widersprüchlichkeiten, Inkohärenzen und Regulierungslücken und auch unnötige regulatorische Belastungen und andere Faktoren, die sich langfristig negativ auf Investitionen und Wachstum niederschlagen, ermitteln. Im Anschluss an eine Sondierung werden die Kommissionsdienststellen bis Mitte 2016 einen Bericht über die wichtigsten Ergebnisse und das weitere Vorgehen vorlegen.

5. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit

Vorbemerkung:

Der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Ausbau beruflicher Mobilität stehen weiter im Fokus der Arbeit der Kommission. Die Armutsbekämpfung wird wie im Vorjahr nicht ausdrücklich erwähnt, ebenso wenig wie Themen die alternde Bevölkerung betreffend oder die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Soziale Aspekte sollen im Rahmen des Europäischen Semesters und der Vertiefung der WWU eine stärkere Rolle spielen. Die für 2016 angekündigte europäische Säule sozialer Rechte soll Schritte in diese Richtung unterstützen.

Im Bereich der Gesundheitspolitik will die Kommission über die unten genannten neuen Initiativen und Maßnahmen hinaus die Mitgliedstaaten bei der Lösung des Problems der Antibiotikaresistenz unterstützen. Zur Bewertung von Gesundheitstechnologien (Health Technology Assessment (HTA) vgl. Art. 15 der Patientenmobilitätsrichtlinie) soll eine Konsultation durchgeführt werden. Die Ausschreibung zur Errichtung der Europäischen Referenznetzwerke (vgl. Art. 12 der Patientenmobilitätsrichtlinie) soll 2016 erfolgen. Die Verordnungen über Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika sollen spätestens 2016 verabschiedet werden. Des Weiteren soll eine Überprüfung der bestehenden Rechtsvorschriften zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, unter anderem zu Karzinogenen und Mutagenen, stattfinden.

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
1	Bildung, Ausbildung, Beschäftigung	Europäische Agenda für neue Kompetenzen	Legislativ/nicht legislativ	Die Agenda dient der Förderung der Entwicklung von Kompetenzen, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen, der Förderung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung sowie der Ausschöpfung des vollen Potenzials digitaler Arbeitsplätze. Die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen ist auch Gegenstand der Binnenmarktstrategie (siehe oben unter 3. – Wirtschaft).
2	Beschäftigung, Soziales, Integration	Neuer Start für erwerbstätige Eltern	Legislativ/nicht legislativ	Diese Initiative umfasst eine Reihe legislativer und nicht legislativer Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben für erwerbstätige Eltern und zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.
8	Beschäftigung	Paket zur Mobilität von Arbeitskräften	Legislativ/nicht legislativ	Diese Initiative besteht aus einer Mitteilung über die Mobilität von Arbeitskräften, einer gezielten Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern und der Überarbeitung von Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

14	Beschäftigung, Soziales, Integration	Säule sozialer Rechte	Legislativ/nicht legislativ	Im Rahmen der Initiative sollen Lücken in bestehenden Rechtsvorschriften angegangen werden und gemeinsame Grundsätze und Vorgaben im Hinblick auf zunehmende Konvergenz der Leistungsfähigkeit im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz ermittelt werden.
----	--------------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme/REFIT-Ziel	Gegenstand und Ziele
16	Beschäftigung, Gesundheit	Vorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Folgemaßnahmen nach der Evaluierung der Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit und 23 damit zusammenhängender Richtlinien, um ihre Wirksamkeit und Effizienz zu erhöhen.
22	Bildung, Beschäftigung, Ausbildung	Seeleute	Evaluierung	Die Richtlinie 2008/106/EG legt Mindestanforderungen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten auf Schiffen der Gemeinschaft fest. Die Richtlinie 2005/45/EG regelt die gegenseitige Anerkennung von Befähigungszeugnissen der Mitgliedstaaten für Seeleute (und ändert die Richtlinie 2001/25/EG).

6. Bildung, Jugend, Kultur, Forschung

Vorbemerkung:

Der Große Raum wird 2016 die Umsetzung der mehrjährigen Programme in den Bereichen Bildung, Kultur und Forschung einnehmen („Erasmus+“, „ET 2020“, „Kreatives Europa“ und „Horizont 2020“). Das Horizont 2020-Arbeitsprogramm setzt für 2016/17 Schwerpunkte insbesondere in den Bereichen Digitales (Open Science, Open Innovation), Kreislaufwirtschaft (Green Economy) und Energie (hierzu wird eine integrierte Strategie für Forschung und Innovation und Wettbewerbsfähigkeit angekündigt). Im Hinblick auf den Europäischen Forschungsraum stehen die Umsetzung der sechs Prioritäten des EFR-Fahrplans 2015-2020 sowie die Anpassung der Beratungsstruktur auf der Agenda.

In der allgemeinen und beruflichen Bildung stehen die Entwicklung demokratischer Grundwerte in einer offenen und sozialen Gesellschaft und die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben in Europa im Mittelpunkt. Der Arbeitsplan Kultur weist in seiner Zielsetzung eine für alle zugängliche Kultur aus, die das kulturelle Erbe ebenso wie den Kreativsektor und die kulturelle Vielfalt in anderen EU-Politikbereichen und in den Außenbeziehungen der EU beinhaltet.

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
1	Bildung, Ausbildung, Beschäftigung	Europäische Agenda für neue Kompetenzen	Legislativ/nicht legislativ	Die Agenda dient der Förderung der Entwicklung von Kompetenzen, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen, der Förderung der beruflichen Bildung und Hochschulbildung sowie der Ausschöpfung des vollen Potenzials digitaler Arbeitsplätze. Die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen ist auch Gegenstand der Binnenmarktstrategie (siehe oben 2. Wirtschaft).
13	Forschung, Beschäftigung	Eine Weltraumstrategie für Europa	Nicht legislativ	Die Strategie dient der Koordinierung der verschiedenen Kategorien von EU-Maßnahmen im Weltraumbereich und umfasst auch einen Fahrplan mit konkreten Maßnahmen für gezielte sektorspezifische Anwendungen und die Weiterentwicklung der EU-Weltraumprogramme zugunsten von Wirtschaft, Behörden und der Gesellschaft insgesamt.

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
22	Bildung, Ausbildung, Beschäftigung	Ausbildung von Seeleuten	Evaluierung	Siehe unter Punkt 5. Beschäftigung, Soziales, Gesundheit.

7. Umwelt, Klima, Energie, Verkehr, Meeresspolitik

Vorbemerkung:

Im Umweltbereich hat die Kommission das neue Paket zur Kreislaufwirtschaft vorgelegt und kündigt einen Aktionsplan dazu an. Dieser soll bis Ende 2016 vorgestellt werden. Ein neues Konzept zur „Nachhaltigen Entwicklung“ (siehe oben unter 1. Übergreifende Themen) soll auf der Überprüfung der Strategie Europa 2020 aufbauen. Allerdings ist die im Arbeitsprogramm 2015 vorgesehene Überprüfung der Strategie „Europa 2020“ bisher nicht vorgelegt worden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit der seit Herbst 2015 operationelle Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) von den Bundesländern für Infrastrukturinvestitionen genutzt werden kann. Das 3. Hafepakett wird weiterhin verhandelt. In diesem Zusammenhang wird auch eine Rolle spielen, inwieweit neue Beihilferegeln auf Häfen angewendet werden.

Mit der Umsetzung des Energie- und Klimapakets 2030 soll sichergestellt werden, dass die Zielvorgaben der Pariser Klimakonferenz COP 21 erfüllt werden. Der Großteil der im Fahrplan für die Energieunion vorgesehenen Einzelmaßnahmen soll 2016 vorliegen, ebenso Vorschläge zur Lastenteilung für den Gebäudesektor, die Landwirtschaft und die Dekarbonisierung des Verkehrs. Die Einführung diskriminierungsfreier Straßennutzungsgebühren und die Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums sollen unterstützt werden.

Neue Initiativen (Anhang I)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Maßnahme	Gegenstand und Ziele
3	Umwelt, Wirtschaft	Paket zur Kreislaufwirtschaft	Legislativ/Nicht legislativ	Nachdem die Kommission ihren früheren Vorschlag zum Abfallrecht im März 2015 zurückgezogen hat (vgl. Arbeitsprogramm 2015), hat sie im Dezember 2015 einen Vorschlag mit einem umfassenderen Ansatz zur Kreislaufwirtschaft vorgelegt der 2016 umgesetzt werden soll. Durch effizientere Ressourcennutzung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg (u.a. Nachhaltigkeit in Verbrauch, Produktion, Abfallbeseitigung) und Innovation sollen wirtschaftliche und ökologische Belange gleichermaßen berücksichtigt und die Entwicklung neuer Märkte und Geschäftsmodelle gefördert werden. Das Paket umfasst einen breitangelegten Aktionsplan mit Maßnahmen zur Verfolgung der konkreten Fortschritte und einen Vorschlag zur Abfallbewirtschaftung mit langfristigen Zielsetzungen.
7	Energie	Paket zur Energie-Union	Legislativ/nicht legislativ	Aufbauend auf den Rahmenplanungen kündigt die Kommission folgende Maßnahmen an: <ul style="list-style-type: none"> Legislativvorschläge zur Gestaltung des Elektrizitätsmarktes und des Regelungsrahmens, einschließlich der Überprüfung der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und der Überarbeitung

				<ul style="list-style-type: none"> • der Verordnung über die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung; • Überarbeitung der Verordnung über die Sicherheit der Gasversorgung und Überarbeitung des Beschlusses über zwischenstaatliche Energieabkommen; • Entscheidung zur Lastenteilung und Einbeziehung des Sektors Landwirtschaft, Landwirtschaftsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) in den Rahmen für die Klimapolitik bis 2030; • Paket über erneuerbare Energien, einschließlich Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse; • Paket zur Energieeffizienz, einschließlich der Energieeffizienz von Gebäuden.
--	--	--	--	--

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
6	Umwelt	EU-Naturschutzrecht (Natura 2000; Vogelschutz- und Habitat-Richtlinie)	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Folgemaßnahmen nach der Eignungsprüfung der Richtlinie 2009/147/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (siehe Arbeitsprogramm 2015).
8	Verkehr	Richtlinie über die Kraftstoffqualität	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Diese Initiative würde auf die Ergebnisse der REFIT-Evaluierung folgen.
9	Umwelt	Initiative zur Umweltberichterstattung	Evaluierung	Die geltenden EU-Umweltvorschriften sollen auf Möglichkeiten zur Vereinfachung und Verringerung der Berichtspflichten untersucht werden. Ziel ist ein moderneres, effizienteres und wirksames System zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften.
15	Umwelt/Verkehr	Hafenauffangeinrichtungen	Legislativmaßnahme	Überarbeitung der Richtlinie 2000/59 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände zur Anpassung an die umfangreichen Änderungen des MARPOL-Übereinkommens. Die Initiative folgt auf die 2015 durchgeführte REFIT-Evaluierung (siehe Auswertung des Arbeitsprogramms 2015).

21	Verkehr	Eignungsprüfung der Rechtsvorschriften über den Seeverkehr	Evaluierung	Die Eignungsprüfung wird die Rechtsvorschriften über die Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten, die Hafenstaatkontrolle und das Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr sowie die Richtlinie über Meldeformalitäten umfassen.
24	Umwelt/Landwirtschaft	Pflanzenschutzmittel	Evaluierung	Zweck der Initiative ist die Einleitung einer Evaluierung der Verordnungen 1107/2009 und 396/2005 über Höchstgehalte an Rückständen und das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln. Die Verordnungen sehen eine Berichterstattung an das Europäische Parlament und den Rat sowie gegebenenfalls die Vorlage von Gesetzgebungsvorschlägen vor.

8. Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz

Vorbemerkung:

Für den Bereich Landwirtschaft, Fischerei, Verbraucherschutz und Entwicklung des ländlichen Raumes plant die Kommission 2016 keine neuen Initiativen. Sie beabsichtigt aber eine Reihe von Vorschlägen zu überprüfen, zurückzuziehen bzw. neu zu bewerten. Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens (siehe unter 1. Übergreifende Themen) geht es auch um Vereinfachungen und möglicherweise Umschichtungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik. Die Umsetzung der Fischereireform ist 2015 noch nicht abgeschlossen worden (Kontrollen, Managementpläne) und in der zweiten Jahreshälfte stehen die jährlichen Entscheidungen über Fangquoten an.

REFIT-Maßnahmen (Anhang II)

Nr.	Politikbereich	Bezeichnung	Art der Initiative/REFIT-Ziel	Beschreibung
5	Landwirtschaft	Überprüfung der Verordnung 639/2014 über ökologische Vorrangflächen	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Im Anschluss an die Evaluierung soll der Durchführungsrechtsakt der Kommission überarbeitet werden. Aufgrund der Erfahrungen mit der Umsetzung der ökologischen Vorrangflächen nach dem ersten Jahr der Anwendung sollen die Vorschriften vereinfacht werden. Es handelt sich um eine Initiative im Rahmen der Vereinfachung der GAP.
17	Landwirtschaft / Verbraucherschutz	Lebensmittelrecht	Folgemaßnahmen nach Evaluierung	Die Kommission kündigt Folgemaßnahmen nach dem Eignungstest für das allgemeine Lebensmittelrecht an (siehe Arbeitsprogramm 2015). Die Eignungsprüfung sollte Ergebnisse zur Bewertung der Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz, Relevanz und des Mehrwertes der wichtigsten Elemente der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechtes und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit für die EU liefern.
20	Landwirtschaft / Verbraucherschutz	Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben zu Lebensmitteln	Evaluierung	Mit der Evaluierung soll festgestellt werden, ob die geltenden Anforderungen an Nährwert-profile und Angaben zu in Lebensmitteln verwendeten pflanzlichen Stoffen zweckmäßig sind.

9. Digitaler Binnenmarkt, Medien

Vorbemerkung:

Die Kommission wird 2016 mit der Umsetzung ihrer im Mai 2015 veröffentlichten Strategie für einen digitalen Binnenmarkt fortfahren. Ihr Ziel ist dabei, in der Amtszeit dieser Kommission einen voll funktionsfähigen digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Im Bereich des Urheberrechts plant sie einen moderneren, stärker europäisch ausgerichteten Ansatz. Weitere Initiativen zum Geoblocking, zum freien Datenverkehr, zur Cloud, zu Rechten bei digitalen Verträgen und zur Mehrwertbesteuerung im elektronischen Handel sollen 2016 folgen.

In der Medienpolitik sollen die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die Kabel- und Satellitenrichtlinie, das Frequenzmanagement und die Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz überarbeitet werden.

Neue Initiativen (Anhang I)

6	Digitaler Binnenmarkt, Medien	Umsetzung der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt	Legislativ/nicht legislativ	<p>Die im Mai 2015 vorgestellte Strategie für einen digitalen Binnenmarkt soll in drei Bereichen konkretisiert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitteilung und Legislativvorschläge zu Urheberrechten und Überprüfung der Kabel- und Satellitenrichtlinie, Legislativvorschläge zu digitalen Verträgen, Geoblocking und der Mehrwertsteuer im elektronischen Geschäftsverkehr sowie Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz, • Fortsetzung der Überprüfung des Rechtsrahmens für den Telekommunikationsbereich und der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (siehe Arbeitsprogramm 2015), • Legislativvorschlag zum freien Datenverkehr.
---	-------------------------------	---	-----------------------------	--